

Bericht des Moderamens zur Herbstsynode 2015 der Evangelisch-reformierten Kirche in der Großen Kirche / Johannes a Lasco Bibliothek zu Emden am 26. 11. 2015

1. Flüchtlinge in unserem Land – Herausforderung für Kirche und Gemeinden

In den letzten Wochen und Monaten hat uns vor allem eine Frage in Atem gehalten: Was tragen wir als Kirche und in unseren Gemeinden dazu bei, damit die in unserem Land Zuflucht suchenden Flüchtlinge und Asylsuchenden in menschenwürdiger Weise empfangen werden. In vielen unserer Gemeinden und diakonischen Einrichtungen ist jetzt konkrete Hilfe vor Ort gefragt. Sie wird von hauptamtlich und vor allem auch von ehrenamtlich Tätigen mit starkem Engagement geleistet.

Es kommen hier hohe Erwartungen unserer Gesellschaft an die Kirchen und Gemeinden zum Ausdruck. Diesen Erwartungen stellen wir uns als Evangelisch-reformierte Kirche. Vor allem aber wissen wir uns deshalb zu solcher konkreten Hilfe für Flüchtlinge verantwortlich, weil uns die Bibel im Alten und im Neuen Testament zu einem fairen und menschlichen Umgang mit den Menschen motiviert, die als Fremde in unser Land kommen.

Angesichts dieser Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft ist es beeindruckend wahrzunehmen, wie gut wir als Kirche in dieser Frage „aufgestellt“ sind. Wie andere Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sagen wir als Kirche in dieser Situation selbstbewusst: „Ja, wir können das!“ Wir haben in unseren Gemeinden und in unseren diakonischen Einrichtungen eine Infrastruktur, die sich jetzt, wo es darauf ankommt, bewährt.

Unsere Gemeindehäuser sind offene Häuser. Als wäre es selbstverständlich, werden Gemeinderäume in Anspruch genommen für Abende des Willkommens und Kennenlernens mit den neuen Nachbarn. Hier finden Deutschkurse statt, hier werden vorübergehend Beratungs- und Hilfsangebote gemacht. Seit langem bestehende Asylkreise erweitern sich zu Unterstützungszirkeln für Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern. Wo es möglich ist, arbeiten solche Flüchtlingshilfe-Kreise gemeindeübergreifend und in ökumenischer Zusammenarbeit.

Ebenso selbstverständlich werden Einrichtungen unserer Diakonie zur Bewältigung der mit den Flüchtlingen gesteigerten Nachfrage herangezogen: Kleiderstuben, Brotkörbe, Migrationsberatung, Soziale Kaufhäuser, Familienhilfen - all diese Einrichtungen sind jetzt doppelt und dreifach gefragt. Kindertagesstätten und Schulen nehmen die Kinder von Flüchtlingsfamilien in ihre Obhut und leisten über das Gewohnte hinaus an pädagogischem und sozialem Engagement.

Das Moderamen der Gesamtsynode möchte allen, die in den Gemeinden und diakonischen Einrichtungen so engagiert helfen, herzlich danken! Wir wissen und sagen es deutlich: Ehrenamtliche Kräfte allein werden den hier gesteigerten Bedarf nicht abdecken können. Auch hier gilt die Formel: „Ehrenamt braucht Hauptamt“. Weil Staat und Gesellschaft dies wissen, wurden auf Bundesebene Milliarden an entsprechenden zusätzlichen Mitteln bereitgestellt.

Die Gesamtsynode hat bereits vor einem Jahr 50.000 Euro an außerordentlichen Haushaltsmitteln bereitgestellt. Diese Mittel für gezielte Projekte der Flüchtlingsarbeit sind bislang nur zum Teil in Anspruch genommen worden; offenbar trug zunächst die ohnehin vorhandene Infrastruktur in Gemeinden und Einrichtungen. Landeskirchenamt und Diakonisches Werk beraten die Gemeinden über das, was hier zu tun und zu lassen ist. Im Diakonischen Werk ist vorgesehen, baldmöglichst eine zusätzliche Stelle zur Beratung und Unterstützung vor allem der ehrenamtlichen Hilfe in unseren Gemeinden und Einrichtungen einzurichten.

2. Auf die Fluchtursachen hinweisen

Unsere Synode hat bereits vor einem halben Jahr nachdrücklich die Situation in Syrien thematisiert. Wir haben versucht, auf den erschütternden Notruf zu reagieren, der uns bereits im Sommer 2014 von den Evangelischen Kirchen im Mittleren Osten erreichte. Unser Ausschuss „Frieden“ hat damals eine Antwort entworfen und die Synode hat sie in einer weiterentwickelten Fassung übernommen. Leider haben unsere damaligen Apelle seither nicht an Dringlichkeit verloren. Manches, was wir im Blick auf Syrien und den Irak sagten, ist heute auch im Blick auf Mitteleuropa erschreckend aktuell. Unübersehbar sind die Zusammenhänge. Ich zitiere noch einmal einige unserer Selbstverpflichtungen.

„Wir werden weiterfragen, bis wir befriedigende Antworten erhalten auf die Frage, ob wirklich alles getan wurde, um die Terroristen und ihre Helfer politisch und wirtschaftlich zu isolieren.“

Wir sprechen uns dafür aus, dass alles rechtsstaatlich Mögliche getan wird, damit keine gewaltbereiten islamistischen Fanatiker aus Europa in Ihre Region einreisen können, um sich am Krieg gegen Sie zu beteiligen.

Wir unterstützen Präventionsmaßnahmen, durch die junge Menschen vor einer religiösen und politischen Fanatisierung bewahrt werden können.

Wir setzen uns dafür ein, jeden Waffeneinsatz in einem Kriegsgebiet daraufhin zu prüfen, ob er – als letzte verbliebene Möglichkeit – dazu geeignet ist, eine Ordnung des Friedens, der Freiheit und des Rechtes zu verteidigen oder wiederherzustellen.

Wir befürworten und unterstützen eine Langzeitstrategie, mit der die schulische Bildung und der Erhalt von Bildungseinrichtungen in Ihrer Region gefördert werden.

Wir unterstützen Hilfen für Flüchtlinge aus Ihren Gemeinden in unserem Land. Wir wollen sie als Geschwister willkommen heißen und uns dafür einsetzen, dass sie in unserem Land Schutz finden. Wir wollen aber auch nicht vergessen, dass die meisten den Wunsch haben, eines Tages in Frieden in ihre Heimat zurückzukehren.“

So haben wir im Frühjahr gesprochen. Dann stieg in diesem Sommer die Zahl der nach Europa und vor allem nach Deutschland fliehenden Menschen deutlich an. Nach allem, was wir wussten, war dies zu befürchten und abzusehen. Und doch wiegten wir uns in der Hoffnung, dass die Menschen, die bereits zu Millionen vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflüchtet waren, in den Flüchtlingslagern in der Region und in den Nachbarländern aufgefangen werden könnten. Aber allzu viele sehen heute in ihrer Heimat auf Jahre keine Lebensperspektive mehr.

Und jetzt stehen viele von den Menschen, die aus dieser Situation geflohen sind, an unseren Grenzen und vor unserer Haustür. Jetzt haben wir alle Hände voll zu tun mit den Herausforderungen vor Ort, Unterkünfte bereitzustellen, die neuen Nachbarn zu begrüßen und zu begleiten, nötigenfalls auch: sie zu beschützen vor den Übergriffen derer, die ihnen Böses wollen. Zugleich bleibt uns aufgegeben, auch die Situation in den Herkunftsländern im Auge zu behalten und nach Möglichkeit dort zu helfen und die Ursachen der Bürgerkriege zu bekämpfen.

Mitte Oktober fand eine Konsultation unserer Kirche in Berlin statt zum Thema: „Was fördert den Frieden im Nahen und Mittleren Osten?“ Vorbereitet hatten wir diese Tagung in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und deren Geschäftsführerin, Dr. Dagmar Pruin, einer reformierten Theologin aus unserer Kirche.

Auch hier erlebten wir, dass die Thematik, vor über eineinhalb Jahren geplant und konzipiert, von den aktuellen Entwicklungen geradezu überrollt wurde. Teilgenommen an der Konsultation haben Mitglieder der vier gesamtkirchlichen Ausschüsse „Frieden“, „Juden und Christen“, „Theologie“, „Partnerschaft und Mission“ sowie Mitglieder des Moderaments der Gesamtsynode. Das Interesse war groß und die räumlichen Kapazitäten der Tagung waren voll ausgeschöpft. Es waren dichte Informationen und Diskussionen, die wir dort miteinander erlebt haben – und der Fokus legte sich immer wieder auf Israel und die Palästinenser. Unter den Teilnehmenden fand die Tagung eine überaus starke positive Resonanz.

Vor allem vier Einsichten haben wir von dort mitgebracht:

1. Vorsicht vor allzu einfachen Diagnosen und Lösungsvorschlägen! Die Situation ist meist sehr viel komplexer als wir dies von unserer Zeitungslektüre her meinen.
2. Nüchternheit ist geboten, ja Illusionslosigkeit! Der Frieden wird nirgendwo mit einem Schlag herstellbar sein. Wir müssen uns auf lange, beschwerliche Wege und schwierige politische Prozesse einstellen müssen.
3. war aber auch dies bemerkenswert: Die in der Thematik kundigen und besonders engagierten Bundestagsabgeordneten waren über Parteigrenzen hinweg in ihrer Analyse und in dem, was man zu tun und zu lassen hat, weitgehend einig.
4. Auch von Seiten der Politik werden theologische und ethische Orientierungen eingefordert, die wir als Christen, als Gemeinden und als Kirche erarbeiten und in die politischen und gesellschaftlichen Debatten einzubringen haben:
 - Von uns als Kirche wird ein klares Zeugnis für einen gerechten Frieden erwartet, das sich auch für die Folgen unseres Handelns verantwortlich weiß.
 - Zu Recht werden wir als Christen in unserer grundlegenden Verbundenheit mit Israel und den Juden wahrgenommen und darauf angesprochen.
 - Und nicht zuletzt wird von uns heute erwartet, dass wir den Dialog mit den Muslimen führen: in aller theologischen und politischen „Klarheit“ und engagiert für ein Zusammenleben in „guter Nachbarschaft“ (so die beiden Leitbegriffe der Handreichung des Rates der EKD von 2006).

In den großen Herausforderungen unserer Gegenwart werden wir mithilfe der notwendigen Debatten einen gesellschaftlichen Konsens erarbeiten. Dazu zählen die Flüchtlingskrise, aber eben auch ihre Ursachen: das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd und Ost und West, die Folgen des ökologischen Raubbaus und die instabilen politischen Verhältnisse in vielen Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Die zentralen Orientierungen dieses gesellschaftlichen Grundkonsens bleiben für uns: die unantastbare Würde des Menschen, der Respekt gegenüber Minderheiten, die Hilfe für die Schwächeren und nicht zuletzt: die Freiheit des Wortes und der Religion. Wort und Tat der Kirchen leisten einen gewichtigen Beitrag dazu, dass dieser gesellschaftliche Grundkonsens gestärkt wird.

3. Nachhaltigkeit fördern und leben

Im geistlichen und politischen Engagement gegen die ökonomische und ökologische Ausbeutung der Erde setzen wir als Kirche und Gemeinden Zeichen einer besseren Zukunft für unseren Planeten. Unser Glaube, dass diese Erde nicht unser Eigentum ist, sondern Raum einer einzigartigen Schöpfung und kostbare Leihgabe Gottes, fordert Schritte der Umkehr im Denken und Handeln. Die Evangelisch-reformierte Kirche und ihre Gemeinden geben Beispiele für einen achtsamen Umgang mit den Gaben der Schöpfung.

So haben wir uns in diesem Jahr gerne der Aktion „Faire Gemeinde“ angeschlossen. Es handelt sich um ein Label, das den beteiligten Gemeinden praktische und gut umsetzbare Orientierungen für einen bewussteren Konsum und Verbrauch gibt. Diese Aktion wurde ursprünglich im römisch-katholischen Umfeld entwickelt und hat mit Leichtigkeit die Konfessionsgrenzen übersprungen. Der Ausschuss „Partnerschaft und Mission“ wird dafür sorgen, dass sich auch Gemeinden unserer Kirche mit diesem Lorbeer schmücken können, sofern sie die dafür erforderlichen Schritte tun.

Von vornherein als eine ökumenische Initiative angelegt war der „Ökumenische Schöpfungstag“, den wir am 20. September in vielen Gemeinden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen gemeinsam begangen haben. Vier ökologische Projekte aus Gemeinden unserer Kirche gewannen den in diesem Rahmen ausgelobten Umweltpreis.

Wir haben in den vergangenen Monaten in verschiedenen Zusammenhängen darüber diskutiert, ob es für Fragen der Ökologie eines eigenen Ausschusses und gesonderten Arbeitszusammenhangs in unserer Kirche bedarf. Einstweilen geht die Diskussion in folgende Richtung: Die ökologische Nachhaltigkeit ist ein Querschnittsthema, das in vielen Bereichen unserer kirchlichen Arbeit beachtet werden muss.

Es betrifft zum Beispiel den Umgang mit kirchlichen Ländereien und die energetische Ausstattung von Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäusern. Es betrifft auch die vorrangige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bei Dienstreisen – wo immer die Fahrpläne und Streckenführungen dies hergeben. Es betrifft unseren Verbrauch an Ressourcen und Einsparungsmöglichkeiten z.B. in unseren Büros, allen voran dem Landeskirchenamt in der Saarstraße. Ein Projekt allerdings hat sich am Ende eines Modellversuchs für Kirchengemeinden als nicht gut praktikabel erwiesen, nämlich die Zertifizierung „Grüner Hahn“. Hier müssen wir andere Wege gehen, um eine ökologisch verantwortliche Gemeindepraxis zu fördern.

Wir sind dabei, die Beratungsmöglichkeiten für unsere Gemeinden auch im Landeskirchenamt zu verstärken. Die Aufgaben unseres landeskirchlichen Umweltbeauftragten, Pastor Martin Goebel aus Hannover, wurden demgegenüber reduziert und konzentriert auf die Vertretung unserer Kirche in den entsprechenden Gremien von EKD und Konföderation. Auf landeskirchlicher Seite hat der Ausschuss für Partnerschaft und Mission das Thema unter seine Fittiche genommen. Über diesen Ausschuss soll auch der Umweltbeauftragte Ideen, Projekte und Impulse in unsere Landeskirche und in die Gemeinden hineinspielen.

4. Neue Wege für unsere Kirche und unsere Gemeinden („Impulspapier“)

Nach der intensiven und kritischen Diskussion des „Impulspapiers“ in den landeskirchlichen Ausschüssen und auf der Frühjahrssynode ist das Papier in einer Arbeitsgruppe des Moderaments noch einmal komplett überarbeitet worden. Es wird in neuer Gestalt am Samstag, dem 13. Februar 2016 den Gemeinden und Synodalverbänden übergeben werden. Jeweils zwei aus den Gemeinden und Synodalverbänden entsandte sollen an diesem Tag zu einer landeskirchlichen Impulsveranstaltung nach Emden hier in die Johannes a Lasco-Bibliothek kommen und das Zukunftspapier von da aus in die Gemeinden tragen.

Die Zukunft unserer Kirche zu bedenken und zu gestalten ist nicht allein Aufgabe unserer gesamtkirchlichen Leitungsgremien, sondern die Sache aller. Denn die Zukunft unserer Kirche entscheidet sich vor Ort, in unseren Gemeinden. Hier vor allem muss es gelingen, sich

den Anforderungen einer veränderten gesellschaftlichen Situation zu stellen. Und genau dazu muss die Landeskirche Anregung, Unterstützung und Hilfe geben.

Das Impulspapier soll in den Gemeinden und Synodalverbänden besprochen werden. Dann erwartet das Moderamen von dort Rückmeldungen, die ein Jahr später, im Frühjahr 2017, noch einmal auf der Gesamtsynode zur Sprache gebracht werden sollen. Die Ergebnisse dieses gesamtkirchlichen Diskussionsprozesses fließen dann in die weiteren Entscheidungen auf gesamtkirchlicher Ebene ein.

Parallel zu diesem Gesprächsprozess arbeiten wir aber auch schon an notwendigen Reformschritten. Eine ganze Reihe solcher Einzelschritte werden bereits auf dieser Synode vorgelegt. So ist vor allem der landeskirchliche Haushalt des kommenden Jahres in mancher Hinsicht ein Reformhaushalt. Vizepräsident Johr wird uns morgen dazu die notwendigen Hinweise geben. Wir legen der Gesamtsynode außerdem eine neue Ordnung vor, die notwendige Strukturentwicklungen in unseren Gemeinden fördern und erleichtern soll. Wir wollen die Spielregeln zur Erhaltung eines guten Wohnstandards in den Pfarrhäusern revidieren. Wir geben den Gemeinden neue Möglichkeiten zu einer zukunftssicheren Anlage von Vermögenswerten. Und schließlich haben wir auch das Schwerpunktthema dieser Synode: „Reformationsjubiläum 2017“ so angelegt, dass von der historischen und theologischen Orientierung her die Aufmerksamkeit auf die heute notwendige Reformation unserer Kirche gelenkt wird.

Weitere notwendige Neuorientierungen kündigen sich schon jetzt an: Ist die Zusammensetzung unserer Synoden noch zeitgemäß? Sind sie eigentlich noch arbeitsfähig, wenn der bisherige Besetzungsschlüssel pro Gemeinde auch bei weiter zurück gehenden Gemeindegliederzahlen beibehalten wird. In welchem Verhältnis sollten künftig Pastorinnen und Pastoren und ehrenamtlich Tätige über die Geschicke der Kirche beraten und entscheiden? Wie gestalten wir ehrenamtliches Engagement so, dass es für den Einzelnen gut tragbar und immer auf genügend Schultern verteilt wird? Wie können wir das Fortbildungsangebot für Ehrenamtliche verbessern? Wie beziehen wir auch den Nachwuchs in unsere Leitungsgremien ein?

Nach den Wahlen zur Neubesetzung von Kirchenräten und Gemeindevertretungen sind weitere Zukunftsfragen in der Diskussion: Welcher Umfang von Aufgaben und zeitlicher Beanspruchung ist den Ehrenamtlichen eigentlich zuträglich? Muss die Dauer einer Amtszeit von sechs Jahren überdacht werden? Wie können die Gremien ihren Aufgaben besser nachkommen? Und wie entsprechen unsere auf die Einzelgemeinde bezogenen Strukturen der immer stärker nötig werdenden Regionalisierung unserer Arbeit? Müssen in Gemeindeverbänden die Kirchenräte tatsächlich Monat für Monat einzeln tagen? Wer übernimmt den Vorsitz in einem Kirchenrat? Sollte gerade in der Reformierten Kirche der Vorsitz durch einen Pastor nicht eher eine Ausnahme sein als die Regel?

Etliche dieser Fragen werden uns in den kommenden Jahren auf Ebene der Gesamtsynode beschäftigen. (Vielleicht erwarten Sie in diesem Zusammenhang auch einen Blick auf unsere Pfarrerschaft, den theologischen Nachwuchs und die Personalentwicklung. Sie haben Recht, auch diese Fragen gehören zu den zentralen Zukunftsthemen unserer Kirche. Wie üblich wollen wir uns in der Frühjahrssynode eingehend den hier zu beobachtenden Entwicklungen und notwendigen Weichenstellungen widmen.)

5. Die Reformierten in der EKD

Innerhalb der letzten zwei Jahre hatten wir bekanntlich einen kompletten Generationswechsel in den Leitungsaufgaben der Reformierten in der EKD: Nicht nur die Stellen des Moderators und des Generalsekretärs im Reformierten Bund, sondern auch die Ämter des Landesuperintendenten der Lippischen Landeskirche und unseres Kirchenpräsidenten wurden neu besetzt. Dazu kommt die frische Präsenz der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen in Hannover. Miteinander wollen wir die Stimmen und die Anliegen der Reformierten in der EKD vernehmbar machen.

Auf ihrer zweiten Tagung hat die 12. Synode der EKD den 14köpfigen Rat der EKD neu besetzt. Nur fünf Personen aus dem bisherigen Rat sind auch in der neuen Zusammensetzung vertreten; auch hier fand ein Generationswechsel statt. In großer Einmütigkeit haben Synode und Kirchenkonferenz den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm nach einem Jahr in seinem Amt als Ratsvorsitzender bestätigt. Wir freuen uns, dass mit Präses Annette Kurschus eine profilierte reformierte Theologin aus dem Stand heraus als stellvertretende Ratsvorsitzende gewählt wurde. Freilich repräsentiert Annette Kurschus eine große unierte Kirche, nämlich die Evangelische Kirche von Westfalen.

Die EKD-Synode hat gezielt auch dafür gesorgt, dass der Rat nun paritätisch mit Männern und Frauen besetzt ist. Mit Kerstin Griese und Thomas Rachel sind zwei für die Anliegen der Evangelischen hoch engagierte Bundestagsabgeordnete vertreten. Und mit Pastor Michael Diener gehört erstmals auch ein Vorsitzender des Gnadauer Verbandes dem Rat der EKD an.

Einen Wermutstropfen hatten wir Reformierten und mit ihnen die kleinen Kirchen in der EKD zu schlucken, als „unser“ Kandidat Norbert Nordholt die Wahl in den Rat knapp verpasste. Über neun Wahlgänge hinweg hatte er sehr achtbare Ergebnisse erzielt, als er zum Schluss in einer Art Stichwahl gegen den aus der Württembergischen Kirche stammenden Diakoniechef Dieter Kaufmann antreten musste. Norbert Nordholt hat sich dann den Respekt und die Sympathie der Synode damit erworben, dass er nach dem leichten Vorsprung des Württembergers im zehnten Wahlgang seinen Rückzug von der Kandidatur erklärte und der Synode ein längeres Geschacher um den letzten Ratsplatz ersparte.

Nun heißt es, auf vielen anderen Wegen die Anliegen der Reformierten in der Gesamtheit der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Geltung zu bringen: mit dem Reformierten Bund und im Zusammenstehen mit der Lippischen Landeskirche, in der Kirchenkonferenz der EKD und in der Bundeskonferenz des Evangelischen Werk für Kirche und Entwicklung. Eine hervorragende Gelegenheit hierzu wird das Reformationsjubiläum 2017 sein mit der Vollversammlung der Reformierten Weltgemeinschaft in Leipzig. Diesem Thema, mit welchen besonderen Akzenten wir das Reformationsjubiläum versehen und sinnvoll begehen, wollen wir uns in dieser Synode widmen.